

Eine Stimmung wie vor dem Krieg

Im Nahen Osten wirkt jetzt eine unheilvolle Mischung aus Provokateuren, Autisten und Machtlosen.

Von Volker Perthes

Die Kriegsgefahr im Nahen und Mittleren Osten ist in den vergangenen Wochen dramatisch gewachsen. Vier Faktoren, die jeder für sich schon destabilisierend sind, verstärken sich dabei: Resignation, das Fehlverhalten lokaler Regierungen, ein regionales Machtvakuum sowie das Fehlen externer Vermittlung.

Resignation und Misstrauen: Die meisten Palästinenser und Israelis treten weiter für eine Zwei-Staaten-Lösung ein. Ebenso aber hat die Mehrheit die Hoffnung verloren, dass diese auch Realität wird - dass ein Abkommen über die Entstehung eines palästinensischen Staates in Gaza und der Westbank tatsächlich umgesetzt werden könnte. Auch in Syrien erwartet man vorerst keine zielführenden Friedensverhandlungen mit Israel. Vielleicht redet deshalb der syrische Präsident Assad eher zu häufig davon, dass Krieg eben auch eine Möglichkeit sei. In Nahost glauben nicht wenige: Wenn Friedensprozesse stagnieren, könnte ein kleiner Krieg sogar nützlich sein. Man denkt dabei an den Krieg von 1973, der letztlich zum ägyptisch-israelischen Frieden geführt hat. Die jüngsten Kriege - der Libanon-Krieg von 2006 und der Gaza-Krieg am Jahreswechsel 2008/ 2009 - haben diese wagemutige These allerdings nicht bestätigt.

Iran, am anderen Ende der Region, demonstriert nach den neuerlichen Sanktionsbeschlüssen vor allem Unbeugsamkeit. Tatsächlich traut die iranische Führung dem Westen so wenig wie umgekehrt der Westen diesem Regime, doch verstärkt Teheran selbst immer wieder das internationale Misstrauen. Wiederholte Äußerungen des iranischen Präsidenten über den unabwendbaren Untergang Israels geben all jenen Auftrieb, die ohnehin überzeugt sind, dass man das iranische Atomprogramm irgendwann militärisch ausschalten müsse.

Fehlverhalten der lokalen Regierungen: Wichtige Akteure wie die israelische oder die iranische Regierung betreiben Politik am Rande des Abgrunds, weil sie entweder Autisten sind, die ihre Umwelt nicht mehr richtig wahrnehmen oder durch provokantes Verhalten das eigene Gewicht erhöhen wollen. Der Netanjahu-Regierung wird schon länger strategische Blindheit attestiert, weil sie durch ihr kurzsichtiges Festhalten an Siedlungen und besetztem Gebiet das langfristige Interesse Israels an einem fairen Ausgleich mit den Palästinensern gefährdet. Im Fall der Gaza-Hilfsflotte trat überdies ein politischer Autismus zu Tage: die Unfähigkeit wahrzunehmen, dass auch befreundete Staaten die humanitären Konsequenzen der

Blockade des Gazastreifens nicht mehr akzeptieren wollen, dass sie bei den eigenständigen Interpretationen des Völkerrechts durch die israelische Regierung mindestens nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel fragen.

Äußerungen israelischer Regierungsvertreter erweckten den Eindruck eines isolierten Landes, das überall nur noch Feinde sieht. Und natürlich hat Israel echte Feinde, die solche Bekundungen der Schwäche nutzen. Teheran und die libanesische Hisbollah spielen dabei die Rolle der Provokateure. Ihre Ankündigung, weitere Schiffe Richtung Gaza zu senden, setzt auf neue Zusammenstöße auf See. Offensichtlich ist ihnen egal, dass sie damit das einzig positive Resultat der so furchtbar gescheiterten Gaza-Flotte gefährden werden: Israel zu einer ersten Lockerung der Blockade bewegt zu haben. Wer beweisen will, dass Israel gute Gründe hat, Gaza von der Seeseite aus abzuschließen, der muss nur Schiffe vom Libanon oder Iran aus schicken. Ein Zwischenfall kann leicht zu einer umfassenderen Auseinandersetzung zwischen der Hisbollah und Israel eskalieren. Tatsächlich könnte die Hisbollah Interesse an einem begrenzten Krieg haben, schon um von der im Herbst erwarteten Anklageerhebung des UN-Sondertribunals abzulenken. Es ermittelt wegen des Mordes am ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Hariri, und dabei sind auch gegen die schiitische Organisation Verdachtsmomente aufgetaucht.

Machtvakuum in der arabischen Welt: Dort gibt es heute keine Führungsmacht, die Stabilität über die eigenen Grenzen hinaus verbreiten könnte. Bis der Irak wieder eine regionale Rolle spielen kann, wird es dauern. Der saudische König hat primär eine innenpolitische Reformagenda. Syrien sitzt Krisen vornehmlich aus. Ägypten stagniert politisch und verliert damit auch regionalen Einfluss. Katar überschätzt seine Kräfte. Die regionale Großmacht heißt heute Iran. Den arabischen Staaten gefällt diese Realität nicht. Sie fürchten aber einen Krieg zwischen Iran und Israel (oder den Vereinigten Staaten), haben selbst aber kaum Einfluss auf die Entwicklung. Tatsächlich wird die Dynamik innerhalb der Region inzwischen von drei Staaten getrieben, die alle nicht zur arabischen Welt gehören: von Israel, von Iran und zunehmend von der Türkei.

Fehlende externe Vermittlung: Die türkische Regierung hat in den vergangenen Jahren aktiv zwischen regionalen Konfliktparteien vermittelt: zum Beispiel zwischen Israel und Syrien, innerhalb des Libanon zwischen Israel und der Hamas und zuletzt zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft. Es wäre sinnvoll, wenn sie diese Rolle weiter ausfüllen würde. Tatsächlich aber riskiert Ankara zunehmend, sich in die Konflikte des Nahen Ostens hineinziehen zu lassen, selbst Partei zu werden und damit die Position des ehrlichen Maklers zu verlieren. Bleiben also die USA und Europa. Amerikas Nahostpolitik unter Präsident Obama hatte stark begonnen. Aber die 'ausgestreckte Hand', mit der er sich Iran näherte, hat sich wieder zur Faust verkrampft. Bemühungen um die Wiederaufnahme israelisch-palästinensischer Verhandlungen blieben zunächst im Ansatz stecken. Mindestens bis zu den Kongresswahlen im Herbst dürfte Obama mit innenpolitischen Problemen beschäftigt sein, die eine aktive Vermittlung im Nahen Osten nahezu ausschließen.

Und die EU? Von aktiver Krisendiplomatie der neuen EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton lässt sich bislang nicht sprechen, und auch unter den Außenministern der großen Mitgliedstaaten scheint niemand sich auch nur der Aufgabe annehmen zu wollen, Israel und die Türkei, zwei enge Partner Europas, wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Spannungen im Nahen und Mittleren Osten, so die Erfahrung, lösen sich aber selten mit der Zeit von alleine oder durch ein selbständiges Einlenken der Beteiligten - sondern bestenfalls durch aktives, nachdrückliches Eingreifen regionaler oder internationaler Akteure. Oder sie lösen sich gewaltsam.

Volker Perthes, Jahrgang 1958, ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Foto: SWP